



# #dieschmidt

## der newsletter

18.09.2020

**Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

die Bilder aus dem griechischen Flüchtlingslager in Moria haben uns alle zutiefst schockiert. 13.000 Menschen sind durch den Brand obdachlos geworden – darunter zahlreiche Kinder. Das ist eine humanitäre Katastrophe. Die Zustände auf Lesbos und den anderen griechischen Inseln sind bereits seit langem katastrophal und unerträglich. Für mich ist klar: Wir dürfen nicht wegschauen oder zu lange auf eine europäische Lösung warten. Schon letzte Woche habe ich mich mit 91 weiteren SPD-Abgeordneten an die Bundeskanzlerin gewandt und gefordert, dass Deutschland mehr als die 150 angekündigten Menschen aufnimmt. [\(Mehr dazu hier\)](#) Deutschland nimmt nun insgesamt ca. 2750 Personen aus Griechenland auf - 981 mit den Zusagen seit März, 150 unbegleitete Minderjährige mit der Entscheidung vom vergangenen Freitag plus nun 1553, hauptsächlich Kinder und ihre Familien. Es ist gut, dass sich die Union auf unseren Druck hin endlich bewegt hat und wir somit schnellstmöglich unserer Verantwortung gerecht werden können. [\(Unsere ausführliche Position gibt es hier\)](#)

In unmittelbarer Not ist schnelles Handeln gefordert. Wir haben deshalb schon in der Nacht zum 11. September einen THW-Konvoi zur Unterstützung vor Ort losgeschickt und sorgen auch weiterhin gemeinsam mit dem Flüchtlingshilfswerk UNHCR für humanitäre Hilfe vor Ort. Die Opposition hat heute zwei Anträge zur Situation in Moria eingebracht. Wir haben beide Anträge abgelehnt. Ich halte nichts von Symbolen, die zu keiner Verbesserung für die Menschen führen. Die SPD ist der Motor für reale Hilfen und Maßnahmen. Es ist ein Irrglaube, dass die SPD-Bundestagsfraktion einfach nur den Anträgen zustimmen müsste und schon kämen die Menschen nach Deutschland. Das Gegenteil wäre der Fall: Damit wäre keinem einzigen geflüchteten Menschen in Griechenland geholfen, Deutschland hätte stattdessen zusätzlich eine handfeste Regierungskrise. [\(Mehr dazu in meiner persönlichen Erklärung hier\)](#)

Die Bundesregierung hat am Mittwoch das Kurzarbeitergeld von 12 auf 24 Monate verlängert. Damit helfen wir Beschäftigten und Unternehmen und sorgen dafür, dass die Wirtschaft nach der Pandemie schnell wieder in Schwung gebracht werden kann. Niedrigste Löhne, fehlender Arbeitsschutz oder Kinderarbeit sind die Folgen der Globalisierung in anderen Teilen der Welt und sind auch Ursache für Flucht. Wir haben in den letzten 2 Wochen endlich den Grundstein für ein Lieferkettengesetz gelegt, um dem einen Riegel vorzuschieben. Wir wollen, dass deutsche Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten Verantwortung entlang der gesamten Lieferkette übernehmen. Wir wollen, dass Unternehmen bei Verstößen auch zivilrechtlich in Haftung genommen werden können. Bisher konnten wir uns mit der Union noch nicht einigen, aber wir verhandeln weiter und erhöhen den Druck.

Zum Abschluss noch ein Blick auf die kommende Woche: Am Dienstag macht die Dialog-Tour der SPD-Bundestagsfraktion halt in Gießen. Ab 11 Uhr sind alle herzlich eingeladen im Seltersweg mit mir über aktuelle politische Themen zu diskutieren.

[\(Weitere Informationen gibt es hier\)](#) Ich freue mich sehr, dass am Freitag die nächste Fraktion-vor-Ort Veranstaltung digital stattfinden kann. Gemeinsam mit der Bundesjustizministerin Christine Lambrecht lade ich alle herzlich ein, über Hass & Hetze im Internet zu sprechen. [\(Weitere Informationen gibt es hier\)](#)

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB



## Für einen nachhaltigen Staat



In dieser Woche fand zum ersten mal die Nachhaltigkeitswoche im Deutschen Bundestag statt. Damit stärken wir das Thema und schaffen ein Bewusstsein für mehr Nachhaltigkeit in der Politik. Die Auswirkungen des Klimawandels zeigen uns deutlich: unsere Politik muss nachhaltig ausgerichtet sein, damit auch die kommenden Generationen unserer Gesellschaft gute Lebensbedingungen vor Ort haben. Gerade die junge Generation zeigt mit der Fridays for Future- Bewegung zu Recht, wie wichtig ihnen dieses Thema ist. In einer Demokratie kann man den Klimaschutz nur durchsetzen, wenn wir uns nicht gegenseitig moralisch verurteilen, sondern alle miteinander attraktive Alternativen präsentieren. ([...weiterlesen](#))

## Für Klimaschutz in Wohnungen



Gerade in Wohnungseigentümergeinschaften gibt es oft Konflikte, wenn es um Modernisierungen geht. Dies hat zur Folge, dass viele Wohnungen baulichen Standards vor allem in den Bereichen des Klimaschutzes und der Barrierefreiheit hinterherhinken. Mit dem beschlossenen Gesetz sorgen wir dafür, dass Modernisierungen schnellstmöglich durchgeführt werden können und gleichzeitig finanzschwächere Eigentümer nicht überfordert werden. In Zukunft kann ein einzelner Wohnungseigentümer den Einbau einer Lademöglichkeit für Elektrofahrzeuge, einen barrierefreien Umbau, Einbruchschutz oder einen Glasfaseranschluss verlangen, wenn er die Kosten dafür selbst trägt. Wir sorgen damit für schnellere Modernisierungen, besseren Klimaschutz und stärken auch die Eigentümerversammlung als willensbildendes Organ.

## Für starke Kommunen



Starke Kommunen sind das Herz unserer Demokratie. Vor Ort entscheidet sich die Lebensqualität. Die Kommunen müssen handlungsfähig sein, damit sie vor Ort in die Schulen, die Kindergärten oder den ÖPNV investieren können. Deshalb haben wir diese Woche weitreichende Entlastungen aus dem Konjunkturprogramm endgültig beschlossen. Die Ausfälle der Gewerbesteuer, die durch die Corona-Pandemie entstanden sind, werden vom Bund und von den Ländern pauschal ausgeglichen. Wir gehen als Bund aber noch einen Schritt weiter und entlasten die Kommunen dauerhaft bei den Kosten der Sozialausgaben. Wir übernehmen zukünftig bis zu 75 % statt bisher 50 % der Leistungen für Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung. Konkret sind das für den Lahn-Dill-Kreis Mehreinnahmen in Höhe von voraussichtlich 5 Millionen Euro.

## Für dauerhaften Frieden und Stabilität



Seit 2015 beteiligt sich die Bundeswehr auf Bitte der irakischen Regierung gemeinsam mit der Anti-IS Koalition im Rahmen der NATO-Mission am Einsatz im Irak. Durch die Mission konnte der IS zurückgedrängt werden und wir konnten vielen Menschen im Irak und Syrien eine Perspektive geben. Gerade durch die Corona-Pandemie besteht die Gefahr, dass die Terrororganisation IS wiedererstarren könnte, denn noch immer ist der IS in der Lage, Gebiete im Irak und Syrien zu kontrollieren und Anschläge in Syrien, dem Irak oder Europa auszuüben. Wir haben deshalb in dieser Woche den Auslandseinsatz der Bundeswehr im Irak verlängert, damit die irakischen Streitkräfte weiter aufgebaut und geschult werden können. Wir haben die Höchstzahl der Soldatinnen und Soldaten vor Ort von 700 auf 500 reduziert. Wir wollen uns weiterhin am Einsatz beteiligen, damit das Ziel des dauerhaften Friedens und der Stabilität erreicht werden kann.

## Demokratie konkret



Wie läuft was in Berlin? Darüber informiere ich in der neuen Rubrik „Demokratie konkret“. Los geht es mit der Frage, warum Anträge der Opposition von der SPD-Bundestagsfraktion abgelehnt werden, obwohl wir inhaltlich zustimmen würden. In der Vergangenheit hat die Opposition oft versucht, uns mit der Ablehnung von Anträgen vorzuführen. Zum Beispiel haben die Grünen die Einführung eines Tempolimits gefordert, das wir, trotz Beschluss des Bundesparteitags, abgelehnt haben. Denn: Wir haben uns bei den Koalitionsverhandlungen dazu verpflichtet, gemeinsam mit unserem Koalitionspartner abzustimmen. Nur so können wir wichtige Gesetze, wie beispielsweise die Einführung der Grundrente oder die Brückenteilzeit erreichen. Für uns ist immer wichtig: Wir halten uns an den Koalitionsvertrag und fordern von der Union dessen Umsetzung ein. Auch die Grünen halten sich in Regierungen an ihre Koalitionsverträge und ein gemeinsames Abstimmungsverhalten. In Hessen zum Beispiel, haben sie die Einsetzung eines NSU-Untersuchungsausschuss abgelehnt. In keinem der grün-regierten Bundesländer gibt es im Übrigen ein generelles Tempolimit.